STADT DINSLAKEN

Die Bürgermeisterin

Beschlussvorlage

Vorlage-Nr. 1115/2023 1. Ergänzung

- öffentlich -

Datum: 30.05.2023

Fachdienst	Fachdienst Haushalt, Steuern
bearbeitet von	Loreen Claßen

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtrat	06.06.2023	beschließend

Betreff: Stellungnahme der Bürgermeisterin zum Bericht der GPA über die überörtliche Prüfung im Jahr 2022

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt:

1. die beiliegende Stellungnahme zur überörtlichen Prüfung.
2. die Verwaltung wird beauftragt,
 - a. innerhalb der nächsten sechs Monate wirksame haushaltsrelevante Einsparmöglichkeiten zu erarbeiten und der Politik zur Entscheidung vorzulegen.
 - b. innerhalb der nächsten Monate Konzepte zu erarbeiten, wie die Einnahmeseite der Stadt effektiv und nachhaltig gestärkt werden kann. Dabei sind Steuererhöhungen nicht in Betracht zu ziehen. Die entsprechenden Vorschläge sind der Politik zur Entscheidung vorzulegen.
 - c. die im Themengebiet „Hilfen zur Erziehung“ unter Nr. 10 dargestellten Risikofaktoren durch geeignete Prozesskontrollen zu minimieren.
 - d. die im Themengebiet „Hilfen zur Erziehung“ unter Nr. 18 dargestellte hohe Anzahl an Heimunterbringungen zu untersuchen und innerhalb der nächsten sechs Monate gegenüber der Politik die möglichen Gründe zu erläutern.

In Vertretung

In Vertretung

In Vertretung

Michaela Eislöffel

Achim Thomae
Erster Beigeordneter
Stadtkämmerer

Dr. Tagrid Yousef
Beigeordnete

Dominik Bulinski
Beigeordneter

I. Sachliche Darstellung

Im Zuge der Diskussion zur Beschlussvorlage 1115/2023 im Rechnungsprüfungsausschuss sind aus der Mitte des Ausschusses zwei Forderungen entstanden. Einerseits sollten Formulierungen der Stellungnahme überarbeitet werden, andererseits konkrete Arbeitsaufträge an die Verwaltung für die kommenden Monate im Rat beschlossen werden.

Des Weiteren ist im Rahmen der Stellungnahme für den Bereich der Verkehrsflächen unter dem Punkt S9 noch eine Aktualisierung eingefügt worden, in der über den weiteren Fortgang der Straßenausbaumaßnahmen im Kontext der KAG-Beiträge berichtet wird.

II. Finanzielle Auswirkungen

Keine

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	
Haushaltssteuerung					
F1	Die Stadt Dinslaken hält die gesetzlichen Fristen zur Anzeige der Haushaltssatzung und zur Aufstellung und Feststellung der Jahresabschlüsse nicht bzw. nicht konsequent ein (§ 96 Abs. 1 und 2 GO NRW). Zur Aufstellung von Gesamtab schlüssen ist die Stadt gesetzlich verpflichtet - bisher liegt jedoch noch kein Gesamtab schluss vor (§ 116 GO NRW). Ein internes Finanzcontrolling mit Berichtswesen existiert nicht.	E1.1	Die gpaNRW empfiehlt, sich bei der Anzeige der Haushaltssatzung sowie der Erstellung und Feststellung der Jahresabschlüsse den gesetzlichen Fristen anzunähern.	S1.1	Die Organisationseinheit „Geschäftsbereich Finanzen“ mit den beiden Fachdiensten „Haushalt, Steuern“ und „Finanzbuchhaltung, Vollstreckung“ war in den letzten Jahren deutlich geprägt durch eine hohe Fluktuation und teilweise unbesetzte Stellen. Derzeit werden organisatorische Maßnahmen entwickelt, die es zukünftig ermöglichen sollen, Personal langfristig in den Bereichen Haushalt und Bilanzbuchhaltung zu binden und entsprechend zu qualifizieren. Zudem haben die Bürgermeisterin und der Rat am 21.03.2023 vereinbart, dass finanzielle Kompetenz im Umfang von zwei Stellen zentral im Fachdienst Haushalt gebündelt werden soll. Die Abläufe sollen insgesamt gestrafft und qualitativ verbessert werden.
		E1.2	Die Stadt Dinslaken sollte die Arbeiten an den Gesamtab schlüssen ab 2010 dringend intensivieren, damit die wirtschaftliche Ausgangssituation des Konzerns Stadt Dinslaken erkennbar wird. Dies gilt umso mehr, als das die Stadt von der größenabhängigen Befreiung zur Aufstellung eines Gesamtab schluss gemäß § 116a GO NRW nach eigenen Angaben voraussichtlich keinen Gebrauch machen kann.	S1.2	Für das Teilgebiet Gesamtab schluss und Beteiligungsverwaltung hat der Rat am 21.03.2023 die Einrichtung einer Stelle beschlossen. Nach Genehmigung des Haushalts erfolgt hierzu zeitnah das Ausschreibungsverfahren. Zusammen mit einem externen Dienstleister werden die Gesamtab schlüsse Zug um Zug aufgestellt. In einem zweiten Schritt ist vorgesehen, mit dem Rat zu besprechen bzw. zu vereinbaren, inwieweit über die Pflichtaufgaben hinaus, eine Beteiligungssteuerung für das umfangreiche Beteiligungsportfolio der Stadt Dinslaken entwickelt werden soll.
		E1.3	Die Stadt Dinslaken sollte die Politik und Verwaltungsführung regelmäßig über den Stand der Haushaltsbewirtschaftung, aktuelle Entwicklungen sowie über die prognostizierte Entwicklung zum Ende des Planungszeitraumes informieren.	S1.3	Im Zuge der Bündelung von Fachkompetenz im Fachdienst Haushalt (siehe S1.1) soll sukzessive ein Berichtswesen aufgebaut werden.
F2	In den Haushaltsjahren 2013 bis 2017 hat die Stadt Dinslaken verschiedene Konsolidierungserfolge erzielt. Der ansteigende Trend bei den Jahresergebnissen ist neben Konsolidierungsbe mühungen im Wesentlichen auf die Steuer- und Finanzerträge und Schlüsselzuweisungen zurückzuführen. Einen ausgeglichenen Haushalt konnte die Stadt bisher jedoch noch nicht erzielen. Sie rechnet auch in zukünftigen Jahren nicht damit. Die ab 2021 geplante positive Entwicklung der Jahresergebnisse wird von den konjunkturabhängigen Positionen bestimmt. Sofern die prognostizierte konjunkturelle Entwicklung im Planungszeitraum nicht eintritt und um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, benötigt	E2	Die Stadt Dinslaken sollte das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes weiterverfolgen und für die zukünftigen Jahre Handlungsmöglichkeiten zur Haushaltsverbesserung erarbeiten.	S2	Im Zuge der Haushaltsplanberatungen 2023 ist deutlich geworden, dass es in den nächsten Jahren eine zunehmende strukturelle Lücke zwischen Erträgen und Aufwendungen gibt. Die Notwendigkeit eines Haushaltssicherungskonzeptes wird dadurch mittelfristig wahrscheinlich. Die Dezernate erarbeiten derzeit eine Aufgabenliste, die nicht nur zwischen pflichtigen und freiwilligen Aufgaben unterscheidet, sondern auch mögliche Konsolidierungspotentiale aufzeigt. Für den Teil des globalen Minderaufwandes ist nach den Vorgaben des Kreises bereits im zweiten Halbjahr ein Bericht vorgesehen.

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	
	die Stadt auch zukünftig Konsolidierungsmaßnahmen. Das gilt auch angesichts der hohen Gesamtverbindlichkeiten.				
F3	Die Stadt Dinslaken setzt enge Maßstäbe für die Übertragung von Aufwandsermächtigungen an. Im Bereich der investiven Auszahlungen ist die Übertragung von Ermächtigungen in das Folgejahr die Regel. Jedoch nimmt die Stadt lediglich die Hälfte, in den Jahren vor 2020 deutlich weniger als die Hälfte des fortgeschriebenen Ansatzes in Anspruch. Die Transparenz, die der Haushaltsplan bezüglich der voraussichtlich zu leistenden Auszahlungen für investive Maßnahmen bietet, ist daher eingeschränkt.	E3	Die Stadt Dinslaken sollte den bereits begonnenen Prozess einer realistischen Haushaltsplanung sowie zum Abbau von Ermächtigungsübertragungen weiter fortführen. Weiterhin sollte die Stadt die Planung der investiven Auszahlungen verstärkt an den Umsetzungsmöglichkeiten und den personellen Ressourcen ausrichten. Es sollten nur Maßnahmen in den Haushaltsplan aufgenommen werden, die die Anforderungen des § 13 KomHVO NRW erfüllen.	S3	Bei der Planaufstellung für das Jahr 2023 wurden die gemeldeten Ansätze der Dezernate bereits an zentralen Stellen auf vermeintlich realistischere Werte reduziert. Nach Bündelung von Fachkompetenz aus den Dezernaten im Fachdienst Haushalt wird erwartet, dass dieser Prozess in der Ergebnisrechnung weiter verbessert werden kann. Für den Teil der Investitionen konnten die Ermächtigungsübertragungen für den Jahresabschluss 2022 bereits reduziert werden. Dieser Prozess soll für die Folgejahre intensiviert werden. Entsprechendes gilt für die Beachtung der Veranschlagungsvoraussetzungen für geplante Investitionen.
F4	Die Fördermittelakquise ist derzeit dezentral organisiert. Die Stadt nutzt verschiedene Quellen zur Fördermittelrecherche. Strategische Vorgaben, der Prozess einer standardisierten Akquise von Fördermitteln sowie Zuständig- und Verantwortlichkeiten sind nicht schriftlich fixiert.	E4	Die Stadt Dinslaken sollte die Fördermittelakquise fest in die Planung von Unterhaltungs- und Investitionsmaßnahmen integrieren und dies als strategische Zielvorgabe formulieren. Weiterhin sollten Zuständig- und Verantwortlichkeiten sowie organisatorische Abläufe schriftlich fixiert werden.	S4	Die Fördermittelakquise ist bei der Stadt Dinslaken dezentral organisiert. Die Installation eines standardisierten Akquise-, Steuerungs- und Abrechnungsprozesses für die jeweiligen Inhalte wird angestrebt.
F5	Die Stadt Dinslaken hat kein verwaltungsübergreifendes Fördermittelcontrolling und -berichtswesen. Die Fördermittelbewirtschaftung ist noch optimierungsfähig.	E5.1	Die Stadt Dinslaken sollte die laufenden und geplanten Förderprojekte zukünftig in einer zentralen Datei oder Datenbank dokumentieren.	S5.1	In den Stellenplan 2023 wurde dafür eine neue Stelle aufgenommen. Nach Genehmigung des Haushalts ist eine zeitnahe Besetzung vorgesehen.
		E5.2	Die Stadt Dinslaken sollte die Politik und Verwaltungsführung regelmäßig zusammenfassend über den Stand der abgeschlossenen, laufenden und geplanten Fördermaßnahmen informieren.	S5.2	Die Fördermittelbearbeitung ist bei der Stadt Dinslaken dezentral organisiert. Eine regelmäßige Berichterstattung in den jeweiligen Ausschüssen wird angestrebt.
F6	Die Stadt Dinslaken plant den Bedarf an Liquiditätskrediten als negative Liquide Mittel und nicht unter dem Saldo aus Finanzierungstätigkeit (§ 3 Abs. 1 Nr. 27 und 29 KomHVO NRW).	E6	Die Stadt Dinslaken sollte zukünftig – wie geplant - die Liquiditätskredite beim Saldo aus Finanzierungstätigkeit berücksichtigen, um die rechtliche Anforderung aus der KomHVO zu erfüllen.	S6	Im Haushaltsplan 2023 werden erstmals Planwerte für die Aufnahme von Liquiditätskrediten im Finanzplan veranschlagt. Als Grundlage für die Planung wird der Saldo aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich der Tilgung von Investitionskrediten aus dem Finanzplan herangezogen.
Informationstechnik					
F1	Auf die vom KRZN abgenommenen Produkte und die daraus resultierenden Kosten kann die Stadt Dinslaken kaum Einfluss ausüben. Zudem schöpft die Stadt bei den eigenverantwortlich bereitgestellten und anderweitig beschafften IT-Leistungen ihre Steuerungsmöglichkeiten in der Praxis nicht aus.	E1	Die Stadt Dinslaken sollte gemeinsam mit den anderen Mitgliedern und Anwendern weiter auf eine verursachungsgerechtere Abrechnung der Leistungen des Zweckverbands KRZN hinwirken. Außerdem sollte die Stadt die Steuerungsmöglichkeiten ihres Betriebsmodells in den von ihr direkt beeinflussbaren Bereichen intensiver nutzen. Hierfür wäre vorab eine Formalisierung der strategischen IT-Ausrichtung förderlich.	S1	Das einwohnerbasierte Abrechnungssystem des KRZN begünstigt die Stadt Dinslaken, die im Verhältnis zur Einwohnerzahl eine hohe Anzahl von IT-Standardarbeitsplätzen aufweist. Darüber hinaus profitiert die Stadt Dinslaken von den Preisgestaltungen, die nur im Rahmen von verbandsweiten Beschaffungen erzielt werden können. Das Betriebsmodell der operativen IT wurde bereits im vergangenen Jahr an ITIL orientiert umgestaltet.

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	
F2	Die IT-Kosten der Stadt Dinslaken je Arbeitsplatz mit IT-Ausstattung liegen im Mittelfeld der geprüften Kommunen. Dabei begünstigt das einwohnerbasierte Abrechnungssystem des KRZN die Kennzahlenausprägung der Stadt Dinslaken, die vergleichsweise viele Verwaltungsarbeitsplätze mit IT ausstattet. Damit sind die IT-Kosten der Stadt etwas höher einzuordnen, als die Kennzahl suggeriert. Unmittelbare Ansatzpunkte die IT-Kosten zu reduzieren ohne die Leistungsebene zu beeinträchtigen sind allerdings nicht erkennbar.			S2	Gem. GPA-Bericht sind keine unmittelbaren und nennenswerten Ansatzpunkte zur Optimierung zu erkennen.
F3	Die Erfolgchancen für eine zielgerichtete digitale Transformation sind bei der Stadt Dinslaken noch nicht sehr groß. Dies hat die Stadt bereits erkannt und ab 2022 weitreichende Verbesserungen geplant.	E3	Die Stadt Dinslaken sollte ihre Anstrengungen zur konkreten Verbesserung der personellen Ausstattung und strategischen Grundlage konsequent fortführen, damit sie die digitale Transformation ihrer Verwaltung vorantreiben kann.	S3	Schaffung und Besetzung der Stabsstelle Digitalisierung: Kernaufgabe der Stabsstelle soll die Konzipierung, Etablierung und Koordinierung eines Prozesses sein, der die bestehenden Digitalisierungsprojekte steuert, die Anforderungen an neue Digitalisierungsvorhaben unter Berücksichtigung der gesamtstädtischen Ziele bündelt und zielgerichtet sowie ganzheitlich umsetzt. Die Stabsstelle Digitalisierung soll zentrale Anlaufstelle für die Aufgabenbereiche sein. Besetzung erfolgt in 04/2023.
F4	Die Stadt Dinslaken kommt den rechtlichen Anforderungen der Digitalisierung nach. Lediglich das Online-Angebot der Stadt wird der Intention der digitalen Transformation der Verwaltung noch nicht gerecht.	E4	Die Stadt Dinslaken sollte weiter darauf hinarbeiten mehr Verwaltungsleistungen online anzubieten und medienbruchfrei zu verarbeiten.	S4	Die Stadt Dinslaken hat mit der Umsetzung eines Serviceportals begonnen, um den Anforderungen des OZGs und darüber hinaus gerecht zu werden. Die Vorstellung ist im Ausschuss für Digitalisierung erfolgt.
F5	Die Sachbearbeitung der Stadt Dinslaken wird kaum durch IT-Unterstützung von manuellen Tätigkeiten der Rechnungsbearbeitung entlastet. Die Stadt steht bei der elektronischen Rechnungsbearbeitung erst am Anfang.	E5	Die gpaNRW empfiehlt der Stadt Dinslaken die verwaltungsübergreifende Digitalisierung ihrer Rechnungsbearbeitung anzustoßen. Sie sollte darauf abzielen manuelle Tätigkeiten durch IT-Unterstützung erheblich zu reduzieren.	S5	Das Projekt „Elektronischer Rechnungsworkflow“ mittels xFlow (SAP-basiert) wird bereits über den GB 2 begleitet und derzeit beim DIN-Service pilotiert. Rollout ist verwaltungsweit geplant.
F6	Die Stadt Dinslaken hat bereits damit begonnen, über die verpflichtenden Aspekte der Digitalisierung hinaus, ihre Verwaltung zu digitalisieren.	E6	Die Stadt Dinslaken sollte darauf hinarbeiten, noch mehr interne und externe Verwaltungsleistungen durchgängig medienbruchfrei anzubieten. Außerdem sollte sie ihre Planungen zur Ausweitung der elektronischen Aktenführung sowie zum DMS konkretisieren und die Umsetzung vorantreiben.	S6	Um die notwendige Digitalisierung der Verwaltung, insbesondere die Implementierung eines flächendeckenden Dokumentenmanagementsystems sowie die Vorbereitungen für ein strukturiertes Prozess- und Wissensmanagementsystems anzugehen, wurde die Stabsstelle inkl. Stellen gebildet (vgl. V455/2021 nebst Ergänzungsvorlagen).
F7	Das Prozessmanagement der Stadt Dinslaken steht noch ganz am Anfang und wird den Anforderungen an die digitale Transformation damit nicht gerecht.	E7	Die Stadt Dinslaken sollte sich intensiv mit dem Thema Prozessmanagement beschäftigen, um eine wesentlich bessere Ausgangslage für die digitale Transformation ihrer Verwaltung zu erreichen.	S7	Siehe 6.

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	
F8	Die Stadt Dinslaken ordnet sich bei den geprüften Aspekten der IT-Sicherheit insgesamt im vorderen Bereich der großen kreisangehörigen Städte ein. Dabei profitiert die Stadt auch von der interkommunalen Zusammenarbeit mit dem KRZN.			S8	Weitere BSI-orientierte Maßnahmen werden dennoch mit den Beauftragten für IT-Sicherheit und Datenschutz des KRZN projektbasiert derzeit erörtert.
F9	Die Rahmenbedingungen der örtlichen Rechnungsprüfung für notwendige IT-Prüfhandlungen bei der Stadt Dinslaken sind ungünstig.	E9	Die Stadt Dinslaken sollte die Effizienz ihrer örtlichen IT-Prüfung durch die Nutzung der Massendatenanalyse erhöhen. Dies erfordert allerdings auch eine adäquate personelle Ausstattung und die entsprechende fachliche Aus- und Fortbildung.	S9	Nach umfassendem Auswahlverfahren hat das KRZN im letzten Jahr den angeschlossenen Kommunen das Massendatenanalyse-Tool „Open Analyzer“ zur Nutzung angeboten. Die ÖRP Dinslaken gehört zu den Erstnutzern dieses Verfahrens. Derzeit werden vom Rechenzentrum noch standardisierte Datenabrufe und Analyseverfahren erarbeitet, welche den Anwendern noch zur Verfügung gestellt werden sollen. Mit steigender Datenverfügbarkeit erhöht sich die Auswertequalität. Es liegen noch keine Erfahrungen vor, in welchem Umfang sich eine Verbesserung der IT-Prüfung ergibt.
F10	Die Stadt Dinslaken profitiert bei der Ausstattung ihrer Schulen mit IT von sehr guten Rahmenbedingungen.			S10	Die stete Weiterentwicklung der Schul-IT wird in regelmäßiger Kooperation durch die FD 1.3, 6.1, 5.1 und 5.4 sowie durch den AK Digitalisierung fortgeführt. Ebenso leitet die Fortschreibung des Medienentwicklungsplans das weitere Handeln der Stadt als Schulträger.
Hilfe zur Erziehung					
F1	Die gpaNRW bewertet es positiv, dass die Stadt Dinslaken bereits über eine Gesamtstrategie verfügt und auch Ziele hierzu festgelegt wurden. Zielwerte, mit denen sich der Zielerreichungsgrad strategischer und operativer Ziele messen lässt, wurden allerdings noch nicht festgelegt.	E1	Die strategischen und operativen Ziele sollten um Zielwerte ergänzt werden, um so den Zielerreichungsgrad der festgelegten Ziele für die Hilfe zur Erziehung messbar zu machen. Die Zielerreichung sollte regelmäßig geprüft und Maßnahmen bei Bedarf angepasst sowie neu entwickelt werden.	S1	Die GPA stellt richtiggehend fest, dass das Fachcontrolling im Bereich HzE in den nächsten Jahren aufgebaut werden sollte, um im Zusammenwirken mit dem Finanzcontrolling und der Jugendhilfeplanung eine verbesserte Anpassungsfähigkeit und Messbarkeit der Hilfen zur Erziehung mittels der Einrichtung von Kennzahlen zu erreichen. Mit der Bildung konkreter Kennzahlen u. A: zum Zielwert und Zielerreichungsgrad wird eine Bewertung der Wirksamkeit von Maßnahmen ermöglicht und demzufolge die Steuerung der Hilfen zur Erziehung verbessert.
F2	Die Stadt Dinslaken hat im Bereich der Hilfe zur Erziehung noch kein umfassendes Finanzcontrolling installiert. Aktuell gibt es nur wenig Bestandteile eines Controllings.	E2.1	Die Stadt Dinslaken sollte zunächst eine gute Grundlage für ein Controlling schaffen. Hierzu sollte es der Stadt möglich sein, die Fallzahlen nach ambulanten und stationären Hilfen sowie nach einzelnen Hilfearten getrennt zu ermitteln.	S2.1	Die GPA stellt richtiggehend fest, dass das Finanzcontrolling nicht umfassend genug ist. Unter dem bestehenden Bedingungsrahmen, ist beispielsweise eine getrennte Betrachtung ambulanter und stationäre Fälle innerhalb einer Maßnahmenform nicht möglich. Ein Ausbau des vorhandenen Finanzcontrollings ist, durch die Bereitstellung der erforderlichen Personalressourcen, notwendig. Ein Ausbau der Jugendhilfeplanung um den Bereich HzE sollte zeitnah erfolgen. Der entsprechende Stellenanteil zur Verstärkung des Controllings wurde für den Stellenplan 2023 angemeldet. Der Ausbau der Jugendhilfeplanung sollte spätestens im Stellenplan 2024 erfolgen.
		E2.2	Die Stadt Dinslaken sollte, wie geplant, ein Finanzcontrolling mit Zielen und steuerungsrelevanten Kennzahlen aufbauen bzw. weiterentwickeln.	S2.2	Die zum Prüfungszweck durch die GPA erhobenen Kennzahlen für den Bereich HzE liegen vor und werden der Empfehlung folgend fortgeschrieben.

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	
			Hierzu könnten beispielsweise einige Kennzahlen aus diesem Prüfungsbericht fortgeschrieben werden. Die Kennzahlen sollten regelmäßig ausgewertet werden. Dies kann dazu dienen, die Steuerung zu unterstützen, Ursachen für gestiegene Aufwendungen zu analysieren und die Wirksamkeit von Maßnahmen transparenter zu machen.		
F3	Bisher hat die Stadt Dinslaken noch kein Fachcontrolling installiert. Dieses soll nach Aussage der Verwaltung zukünftig aufgebaut und bei der Fachdienstleitung der Sozialen Dienste angesiedelt werden.	E3	Die Stadt Dinslaken sollte ein Fachcontrolling installieren, um die Einhaltung von Verfahrens- und Qualitätsstandards besser überprüfen und die Wirksamkeit der ausgewählten Hilfen hinterfragen zu können.	S3	Die Installierung eines Fachcontrollings soll noch in diesem Jahr anvisiert werden. Hierfür sind zunächst die personellen Grundlagen zu schaffen, wie der Ausbau des Finanzcontrollings und der Jugendhilfeplanung im Bereich HzE.
F4	Ein Prozess- und Qualitätshandbuch, welches alle Prozesse, Abläufe, Verantwortlichkeiten sowie Fristen und Standards definiert, wird in Dinslaken derzeit entwickelt.	E4	Die Stadt Dinslaken sollte bei der Erstellung des Prozess- und Qualitätshandbuches darauf achten, die Verfahrensstandards und Kernprozesse der Hilfe zur Erziehung auch visuell als Ablaufdiagramm mit komprimierten Kurzübersichten darzustellen. Durch die grafische Abfolge können die Fachkräfte bei ihrer täglichen Arbeit unterstützt werden. Das Handbuch kann dann zukünftig auch für die Einarbeitung neuer Fachkräfte im ASD genutzt werden.	S4	Die GPA stellt richtiggehend fest, dass kein Prozess- und Qualitätshandbuch existiert. In den letzten zwei hat es altersbedingt einen kompletten Austausch der Leitungsebene und zum Teil auch auf der Sachbearbeiterebene gegeben. Daher müssen Standards z. T. neu definiert und Verfahrenswege niedergeschrieben werden. Bei einer zunehmenden Komplexität innerhalb der Verfahren, Gesetzesreformen und Steigerung qualitativer Ansprüche an die soziale Arbeit, ist die zukünftige Erstellung eines Prozess- und Qualitätshandbuches unabdingbar. Die Vorteile eines Handbuches sind auch in der vielfältigen Verwendungsmöglichkeit zu sehen. So u. A: zum Zwecke der Einarbeitung neuer MA, aber auch der Nachvollziehbarkeit von Handlungsabläufen die sich aus der Beschreibung von Kernprozessen und Standards ergibt. Aufgrund der Vielzahl an Schnittmengen innerhalb des GB 7, ist die Schaffung einer Personalressource für das QM wünschenswert. Dies wird bereits in anderen Kommunen praktiziert.
F5	Nach Aussage der Stadt Dinslaken werden die vorgegebenen Mindeststandards eingehalten. Eine schriftliche Prozessbeschreibung des Hilfeplanverfahrens lag zum Zeitpunkt der Prüfung nicht vor.			S5	Das Hilfeplanverfahren orientiert sich an den gesetzlichen Vorgaben, die sich aus dem § 36 SGB VIII ergeben und wird über entsprechende Formulare dokumentiert. Hierin findet, auf den Einzelfall bezogen, auch die Rückkehroption und der Grad der Verselbstständigung Berücksichtigung.
F6	Die Stadt Dinslaken hat bisher kein Rückführungs- oder Verselbstständigungskonzept erstellt.	E6.1	Die Stadt Dinslaken sollte die Vorgaben und Standards des Hilfeplanverfahrens verschriftlichen und mit in das Prozess- und Qualitätshandbuch aufnehmen.	S6.1	Eine schriftliche Prozessbeschreibung des Hilfeplanverfahrens ist, entsprechend der Empfehlung der GPA, in das Prozess- und Qualitätshandbuch aufzunehmen.
		E6.2	Die Stadt Dinslaken sollte die Wirtschaftliche Jugendhilfe standardmäßig zu Beginn des Hilfeplanverfahrens einbinden.	S6.2	Derzeit findet eine anlassbezogene und am Einzelfall orientierte Einbeziehung der Wirtschaftlichen Jugendhilfe in der Falleingangsphase/zu Beginn des Hilfeplanverfahrens statt. Eine standardisierte Einbindung der wirtschaftlichen Abteilung ist, insbesondere vor dem

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	
					Hintergrund von Zuständigkeits- und Kostenträgerklärungen, anzustreben und erfolgt künftig.
		E6.3	Die Stadt Dinslaken sollte in dem Prozess- und Qualitätshandbuch die Rückkehroption berücksichtigen. Hierzu sollte klar definiert werden, wie die Rückführungsarbeit in Dinslaken durchzuführen ist. Die Ergebnisse können dann in einem eigenen Konzept zur Rückführung zusammengefasst werden.	S6.3	Es gibt aus den Vorjahren bereits ein Konzept zur Rückführungsarbeit fremduntergebrachter Kinder in der Jugendhilfe. Die Auswertung der bisherigen Arbeit sollte erfolgen und entsprechend den aktuellen Bedingungen und Erfordernissen angepasst werden. Eine Aufnahme des Konzepts in das Prozess- und Qualitätshandbuch erscheint sinnvoll.
F7	Die Stadt Dinslaken hat bisher keine Standards zur Fallsteuerung verschriftlicht.			S7	Eine Verschriftlichung der Standards zur Fallsteuerung lag zum Prüfungszeitraum der GPA nicht vor, ist aber bereits erarbeitet worden.
F8	Die Fallsteuerung kann in Dinslaken durch ein Anbieterverzeichnis optimiert werden. Die Laufzeiten der Hilfen werden bisher noch nicht ausgewertet.	E8.1	Die Stadt Dinslaken sollte den standardisierten und verbindlichen Prozess der Zugangssteuerung verschriftlichen und mit in das Prozess- und Qualitätshandbuch aufnehmen.	S8.1	Die Falleingangsphase/Zugangssteuerung ist im Arbeitspapier zur Fallsteuerung berücksichtigt und eingearbeitet worden.
		E8.2	Die Stadt Dinslaken sollte ein digitales Anbieterverzeichnis für Leistungserbringer erstellen. Darin sollte eine Beschreibung des Leistungsangebotes der Träger, die vorhandene Platzzahl, die Qualifikation der Beschäftigten, der Betreuungsschlüssel und die Aufwendungen je Fachleistungsstunde hinterlegt sein. Das Anbieterverzeichnis sollte sukzessive um Erfahrungen der ASD-Beschäftigten mit dem Träger ergänzt werden. Denkbar sind Bewertungen zur Zusammenarbeit, zur Qualität der Arbeit so- wie zur Einschätzung der Effizienz.	S8.2	Ein Anbieterverzeichnis besteht bereits, allerdings nicht unter Berücksichtigung aller durch die GPA empfohlenen Parameter und ohne eine Suchfunktion zu besonderen Spezifika einer Maßnahme. Darüber hinaus erfolgt ein guter Austausch über die Angebotsstruktur der Leistungsanbieter im Bereich HzE (ambulante und stationäre) der Mitarbeitenden des ASD innerhalb des Teams. Die empfohlenen Parameter sind in Gänze nicht hinterlegt, da der Anbieterumfang mitsamt der vorhandenen Angebotsstruktur in der Datenpflege sehr variabel und in der Pflege sehr arbeitsintensiv ist. Eine Ausweitung ist nur mit entsprechenden personellen Ressourcen und unter Einbeziehung einer erweiterten Jugendhilfeplanung möglich.
		E8.3	Die Stadt Dinslaken sollte insbesondere im Hinblick auf die Kennzahlen der Hilfe zur Erziehung steuerungsrelevante Auswertungen, wie z.B. Laufzeiten der Hilfen oder Anzahl der Fachleistungsstunden, erstellen und diese zur Steuerung nutzen.	S8.3	Es haben bereits erste Abstimmungsgespräche, zu der Aufnahme und Fortschreibung von Kennzahlen der HzE hinsichtlich einer steuerungsrelevanten Auswertung, mit den beteiligten Akteuren ASD, Controlling/Wirtschaftliche JuHi und der Jugendhilfeplanung stattgefunden um hier eine Veränderung einzuleiten.
F9	Die Stadt Dinslaken hat bisher noch keine schriftlichen Standards zur Prüfung der Zuständigkeit und Kostenerstattung.	E9	Die Stadt Dinslaken sollte Standards zur Prüfung der Zuständigkeit und Kostenerstattung schriftlich formulieren und in das Prozess- und Qualitätshandbuch sowie in die Fachsoftware aufnehmen. So kann gewährleistet werden, dass diese zeitnah und umfassend geprüft und geltend gemacht werden.	S9	Seit Ende 2022 ist im Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe eine Produktverantwortliche mit der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eingesetzt. Sie befasst sich mit diesen Problemen und wird die Standards mittelfristig formulieren.
F10	Die Stadt Dinslaken hat bisher kein internes Kontrollsystem. Einzelne Elemente werden aber	E10	Die Stadt Dinslaken sollte Bereiche mit erhöhten	S10	Eine Wiedervorlageoption wird über das Anwenderprogramm JUGIS

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	
	schon genutzt, sie werden aber noch nicht schriftlich dokumentiert. Eine Unterstützung durch die Fachsoftware ist nicht vorhanden.		Risikofaktoren (fachlicher Art, finanzieller Art, Korruptionsrisiken) festlegen und eine Prioritätenliste erstellen. Diese Bereiche mit erhöhten Risikofaktoren sollte sie dann durch Prozesskontrollen überprüfen. Zudem sollte die Stadt eine automatisierte Widervorlagenliste einrichten.		genutzt. In diesem Kontext wird im Bereich ASD auch mit der Erinnerungs-/Alarmfunktion gearbeitet. Weitere Risikofaktoren finanzieller Art und hinsichtlich Korruption sind aktuell noch nicht berücksichtigt.
F11	In der Stadt Dinslaken erfolgt die Stellenbemessung derzeit noch nicht anhand eines Fallschlüssels. Die Stadt ist derzeit dabei ein Personalbemessungskonzept zu erstellen.	E11	Die Stadt Dinslaken sollte das Personalbemessungskonzept weiter vorantreiben, so- dass eine Stellenbemessung anhand eines Fallschlüssels erfolgen kann.	S11	Anders als durch die GPA dargestellt, erfolgt die Stellenbemessung innerhalb der Sozialen Dienste im Jugendamt der Stadt Dinslaken seit Jahren rein über einen Fallschlüssel. Gesetzliche Vorgaben zu einer Fallobergrenze wurden bisher landesweit allerdings nur für die Vormundschaften vorgenommen. Richtig ist, dass zeitnah die Personalbemessung in ein Konzept überführt wird und entsprechende Bemessungsinstrumente Anwendung finden müssen. Die aktuelle Personalbemessung anhand von Fällen erweist sich als nicht weiter praktikabel, da hier die Anpassungsmöglichkeit z. B. bei Aufgabenänderungen nicht berücksichtigt wird. Es empfiehlt sich die Einführung eines analytischen Personalbemessungskonzeptes (Berücksichtigung von Prozessen und Fallzahlen) unter Beteiligung eines Institutes. Die entsprechenden finanziellen Mittel dafür können aus den Landesmitteln (Lastenausgleich Landeskinder-schutzgesetz) genommen werden.
F12	Die Mitarbeitenden des ASD bearbeiten 2020 mit 43 Hilfeplanfälle je Vollzeit-Stelle deutlich mehr Hilfefälle als in anderen Jugendämtern.			S12	Die Feststellung der GPA ist auf Grundlage der erhobenen Daten zutreffend. Die hohe Fallbelastung der Mitarbeitenden des ASD in 2020 lag in der angespannten Personalsituation (bedingt durch Beschäftigungsverbote und Elternzeiten mehrerer Mitarbeiterinnen und Corona-Quarantänezeiten). Ein zeitnahe Personalersatz der zu einer Entspannung in der Fallbearbeitung führt, ist in diesem Arbeitsbereich kaum flexibel vorzuhalten. Die Fallbelastung der Mitarbeitenden im ASD lag im Jahr 2022 durchschnittlich bei 37 Hilfefällen je Vollzeitäquivalent. Hier ist jedoch hervorzuheben, dass anders als in der Datenerhebung der GPA, lediglich die Fallbelastung im ASD (ausgenommen Eingliederungshilfe und Pflegekinderdienst) zugrunde gelegt wurde. In der Konsequenz dieser Belastungsphase, wurde mit der Einbringung einer Springerstelle ASD in den Stellenplan 2023 Rechnung getragen.
F13	In der Wirtschaftlichen Jugendhilfe der Stadt Dinslaken ist jede Vollzeit-Stelle für durchschnittlich 127 Hilfeplanfälle zuständig.				Grundsätzlich sind 4,7 Stellen im Stellenplan für diese Aufgabe vorgesehen, wobei die Hilfeplanfälle im Laufe des Jahres variieren können. Zur Berechnung wurden die durchschnittlichen Fallzahlen auf die Stellen laut Stellenplan verteilt. (Für die Zeit von November 21 bis Januar 23 war eine Stelle in diesem Bereich nicht besetzt.)
F14	Der Stadt Dinslaken war es zum Zeitpunkt der			S14	Die GPA stellt richtiggehend fest, dass keine differenzierte Auswertung innerhalb einzelner Maßnahmen erfolgen konnte. Für die erforderliche

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	
	Prüfung nicht möglich, die Hilfefälle der ambulanten und stationären Hilfen differenziert anzugeben. Zudem konnten die Grundzahlen für die UMA`s nicht differenziert angegeben werden.				Auswertung bedarf es den Ausbau des Controllings.
F15	Der Stadt war es nicht möglich, im Rahmen der Prüfung die Kostenerstattungen differenziert anzugeben.	E15.1	Die Stadt Dinslaken sollte in Zukunft eine Möglichkeit schaffen, die Hilfefälle nach ambulanter und stationärer Hilfen zu trennen. Sowohl die Aufwendungen als auch die Fallzahlen der UMA sollten differenziert für die einzelnen Hilfen auswertbar sein. So kann der Fachdienst Transparenz darüber haben, wie hoch die ambulanten und stationären Aufwendungen sind und geeignete Maßnahmen ergreifen.	S15.1	Ab dem 01.04.2023 werden die Zahlungen an die UMAs differenziert nach ambulant und stationär gebucht.
		E15.2	Die Stadt Dinslaken sollte ihre Buchungssystematik so anpassen, dass sie die Kostenerstattungen für die einzelnen Posten auswerten kann.		Die Buchungssystematik wird überprüft und an die Anforderungen angepasst, so dass eine Auswertung in Zukunft möglich sein wird.
F16	Die Stadt Dinslaken hat 2020 vergleichsweise hohe Aufwendungen je Einwohner unter 21 Jahren.				Dies steht im Zusammenhang mit der Falldichte.
F17	Die Stadt Dinslaken hat im Vergleich zu den anderen Kommunen eine sehr hohe Falldichte. Die Falldichte ist maßgeblich für den überdurchschnittlichen Fehlbetrag sowie die hohen Aufwendungen im Einwohnerbezug..	E17	Die Stadt Dinslaken sollte versuchen die Falldichte so niedrig wie möglich zu halten, bei einem gleichzeitig hohen Anteil an ambulanten Hilfen. Dies würde sich positiv auf den Fehlbetrag auswirken und den kommunalen Haushalt entlasten. Daher sollte sie die Verweil- und Betreuungsdauern der einzelnen Hilfen auswerten, um die Laufzeiten der Hilfen so kurz wie möglich zu halten. Als Maßnahmen könnte sie die Laufzeiten der Fälle und die Anzahl der Fachleistungsstunden begrenzen.	S17	Die GPA stellt richtiggehend fest, dass im interkommunalen Vergleich neben einer hohen Falldichte, auch eine Vielzahl an Heimunterbringungen in Dinslaken zu verzeichnen ist. Durch eine notwendige Intensivierung der Jugendhilfeplanung sollte die hohe Falldichte analysiert und aufgearbeitet werden. Eine mögliche Erklärung kann in der umfassenden Bedarfsdeckung im Bereich der Hilfe zur Erziehung liegen (u. a. Doppelmaßnahmen). Dementsprechend spiegelt sich in der vergleichsweise hohen Falldichte eine gute Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Familien mit Unterstützungsbedarf in Dinslaken wider. Hinweis: Die GPA bildet Kennzahlen lediglich vor dem wirtschaftlichen Aspekt, sodass eine qualitative Bewertung nicht möglich ist.
F18	Die Stadt Dinslaken gehört zu den Kommunen im interkommunalen Vergleich mit den meisten Fällen in der Heimerziehung.	E18	Die Stadt Dinslaken sollte im Rahmen einer Fallrevison prüfen, warum so viele Fälle in der Heimerziehung untergebracht sind.	S18	Die von der GPA festgestellte hohe Anzahl der Heimunterbringungen, sollte insbesondere hinsichtlich des Kostengesichtspunktes in den Blick genommen werden. Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ kann als ein Mittel betrachtet werden, um der Entwicklung entgegen zu wirken und wurde in der Kennzahlenbildung im Haushaltsplan 2022 erstmalig berücksichtigt.
F19	Der Stadt war es zum Zeitpunkt der Prüfung nicht möglich die Aufwendungen und Hilfefälle	E19	Die Stadt Dinslaken sollte für die Zukunft eine Möglichkeit schaffen, die Aufwendungen und Fallzahlen für die Integrationshelfer/ Schulbegleiter sowie die	S19	Der Empfehlung der GPA sollte hinsichtlich einer differenzierteren Auswertungsmöglichkeit einzelner Maßnahmen (z. B: Integrationshilfen innerhalb der Eingliederungshilfe) gefolgt werden. Entsprechende

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	
	für die Integrationshelfer/ Schulbegleiter auszuwerten.		Hilfen getrennt nach ambulanten und stationären Hilfen auszuwerten. Maßnahmen zur Ausgabenbegrenzung wie das Begrenzen der Laufzeiten können helfen, die Falldichte zu reduzieren.		Veränderungen sind im Bereich Controlling vorzunehmen, um die erforderliche Datenbasis zur weiteren Verwendung vorzuhalten.
F20	Der Stadt war es zum Zeitpunkt der Prüfung nicht möglich, die stationären und ambulanten Hilfefälle getrennt voneinander auszuwerten.	E20	Die Stadt Dinslaken sollte für die Zukunft eine Möglichkeit schaffen, die Hilfefälle getrennt nach ambulant und stationär auszuwerten. Nur so kann der Fachdienst Transparenz darüber haben, wie hoch die ambulanten und stationären Aufwendungen je Hilfefall sind und geeignete Maßnahmen ergreifen.	S20	Es ist festzuhalten, dass zum Zeitpunkt der Prüfung durch die GPA, nicht in allen Hilfefällen eine Darstellung der Maßnahmen unterschieden in ambulant und stationär möglich war. Dies bezog sich u.A. auf die Hilfen für junge Volljährige und Individualpädagogische Einzelmaßnahmen.
Bauaufsicht					
F1	Die Bauaufsicht der Stadt Dinslaken hält die gesetzlich vorgegebenen Bearbeitungsfristen überwiegend ein. Für die Verlängerung der Bearbeitungsfrist fehlt die schriftliche Dokumentation.				Die Bauaufsichtsbehörde ist bemüht, die gesetzlich vorgegebenen Bearbeitungsfristen einzuhalten. In besonderen Einzelfällen ist dies allerdings nicht immer möglich. In diesen Fällen erfolgt die Aussetzung der Bearbeitung in der Regel im Einvernehmen mit dem Bauherrn. Zukünftig wird in jedem Fall aber eine entsprechende Dokumentation in der Akte bei Überschreitung der Bearbeitungsfrist erfolgen.
F2	Angrenzerbeteiligungen nimmt die Bauaufsicht der Stadt Dinslaken entsprechend der rechtlichen Regelungen vor. Sie hat aber noch keine internen Vorgaben erlassen, beispielsweise in Form eines Kriterienkataloges, als Grundlagen für Ermessensentscheidungen.				Die Umsetzung eines für die Beteiligung von Angrenzern geltenden Kriterienkataloges soll nicht erfolgen. Die bisherige Rechtsprechung hat gezeigt, dass bei Ermessensentscheidungen in jedem Fall eine einzelfallbezogene Beurteilung unter Beachtung aller vorhandenen Randbedingungen erforderlich ist, die in einem Katalog nicht dargestellt werden können. Vielmehr würden hierdurch Fehlentscheidungen begünstigt. Wichtiger ist hier die Besprechung im Rahmen des Teams der Sachbearbeiter, um eine einheitliche Bearbeitung und einen einheitlichen Wissensstand der aktuellen Rechtsprechung zu gewährleisten und somit Fehlentscheidungen weitestgehend auszuschließen.
F3	Die Bauaufsicht der Stadt Dinslaken bildet noch keinen Kostendeckungsgrad bei den Gebühren ab.	E3.1	Die Stadt Dinslaken sollte eine notwendige Verlängerung der Bearbeitungszeit nach § 64 Abs. 2 BauO 2018 ausreichend dokumentieren, um die Rechtssicherheit zu verbessern.	S3.1	Seitens der Bauaufsichtsbehörde wird versucht, in Abhängigkeit mit den zur Verfügung stehenden Programmen, eine entsprechende Dokumentation kurzfristig zu gewährleisten.
		E3.2	Die Stadt Dinslaken sollte für einheitliches und rechtssicheres Verwaltungshandeln klare Entscheidungshilfen für Ermessensentscheidungen in Form eines Kriterienkataloges erarbeiten und in die Bearbeitungssoftware integrieren.	S3.2	Wie unter Punkt F2 bereits erklärt, ist seitens der Bauaufsichtsbehörde nicht beabsichtigt, die Empfehlung umzusetzen, da ein Kriterienkatalog für die Ausübung von Ermessen bei bauaufsichtlichen Entscheidungen nicht angezeigt ist. Bei Ermessensentscheidungen ist in jedem Fall eine einzelfallbezogene Beurteilung unter Beachtung aller Randbedingungen erforderlich, die in einem Katalog nicht dargestellt werden können und somit zu Fehlentscheidungen führen würden. Wichtiger ist hier die Besprechung im Rahmen des Teams der Sachbearbeiter, um eine einheitliche Bearbeitung und einen einheitlichen Wissensstand der aktuellen Rechtsprechung zu gewährleisten und somit Fehlentscheidungen weitestgehend auszuschließen.
		E3.3	Die Stadt Dinslaken sollte regelmäßig den Kostendeckungsgrad der eingenommenen Gebühren ermitteln. Dieser sollte als Grundlage für eine mög-	S3.3	Es ist beabsichtigt, den Kostendeckungsgrad zukünftig zu ermitteln. Eine Optimierung des Kostendeckungsgrades ist allerdings nur bedingt möglich, da der überwiegende Teil der Gebühren und deren Höhe durch das Land NRW vorgegeben wird.

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	
			lichst verursachergerechte Gebührenerhebung genutzt werden. Die Stadt sollte ihre internen Vorgaben zum Umgang mit Rahmengebühren ergebnisorientiert anpassen.		
F4	Die aktuelle Software der Bauaufsicht der Stadt Dinslaken ermöglicht noch keine vollständige digitale Bearbeitung. Diese erfolgt daher noch mit der Papierakte. Die hybride Verfahrensweise führt teilweise zu unvollständigen Vorgängen. Es fehlen schriftliche Regelungen über Verantwortungsbereiche und Entscheidungsbefugnisse. Arbeitsanleitungen sind noch nicht in die Bearbeitungssoftware integriert.	E4.1	Die Stadt Dinslaken sollte eindeutige Verantwortungsbereiche und Zuständigkeiten durch schriftliche Regelungen festlegen. So schafft sie Handlungssicherheit für die Bediensteten und gewährleistet einheitliche Genehmigungsverfahren.	S4.1	Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch nicht abschätzbar, ab wann eine vollständige digitale Bearbeitung der Anträge möglich sein wird, da dies von vielen auch nicht von der Bauaufsichtsbehörde beeinflussbaren Faktoren abhängig ist. An einer schnellen Umsetzung wird aber gearbeitet. Einzelne Verantwortungsbereiche wurden fachdienstintern bereits festgelegt. Eine schriftliche Dokumentation befindet sich in Planung.
		E4.2	Die Stadt Dinslaken sollte die Voraussetzungen schaffen, die für eine medienbruch- freie Bearbeitung der Genehmigungsverfahren notwendig sind. Sie sollte alle relevanten Informationen zum Genehmigungsantrag in die Bearbeitungssoftware erfassen.	S4.2	Die Umsetzung der Empfehlung erfolgt in Abstimmung mit anderen Stellen (KRZN, Land NRW, u. a.).
		E4.3	Die Stadt Dinslaken sollte die Antragsunterlagen zu Beginn der Bearbeitung vollständig einscannen und im Zuge der Beteiligungsverfahren digital weiterleiten.	S4.3	Die Umsetzung der Empfehlung erfolgt in Abstimmung mit anderen Stellen (KRZN, Land NRW, u. a.).
		E4.4	Die Stadt Dinslaken sollte für die Bearbeitung der einzelnen Verfahrensarten jeweils individuelle Checklisten entwickeln und zentral in die Bearbeitungssoftware integrieren.	S4.4	Checklisten wurden zum Teil bereits erarbeitet. Eine Integration in die Bearbeitungssoftware erfolgt in Abstimmung mit den anderen erforderlichen Stellen (s. o.).
F5	Der Prozess des einfachen Baugenehmigungsverfahrens weist in Dinslaken wenige Schnittstellen auf. Der Ablauf ist klar strukturiert. Teils sind Zuständigkeiten nicht eindeutig festgelegt. Das Vieraugenprinzip wird nicht konsequent angewandt. Es sind Potenziale zur Verfahrensbeschleunigung vorhanden.	E5.1	Die Stadt Dinslaken sollte eingehende Anträge nach Eingang und Sichtung direkt der zuständigen Sachbearbeitung zuleiten. Diese Vorgehensweise erleichtert die Einhaltung der vorgegebenen Bearbeitungsfristen.	S5.1	Durch die Besprechung jedes einzelnen Bauantrages in der wöchentlich stattfindenden Dienstbesprechung, wird das Vier-Augen-Prinzip gewährleistet. Mittlerweile werden auch die meisten ordnungsbehördlichen Verfahren hier besprochen. Lediglich in dringenden Fällen, bei denen eine akute Gefährdung von Personen vorliegt, kann dies nicht immer umgesetzt werden. Es wird aber daran gearbeitet, auch für solche Fälle ein Handlungskonzept zu entwickeln. Bei den Bauanträgen wird zukünftig versucht diese unter Wahrung des Vier-Augen-Prinzips schnellstmöglich an die zuständige Sachbearbeitung weiterzuleiten. Im Zuge der digitalen Antragsbearbeitung werden Maßnahmen zur Sicherstellung des Vier-Augen-Prinzips erarbeitet.
		E5.2	Die Bauaufsicht sollte einheitliche Prozessabläufe durch klare Zuständigkeitsregelungen schaffen.	S5.2	Einzelne Verantwortungsbereiche wurden fachdienstintern bereits festgelegt.

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	
					Eine schriftliche Dokumentation befindet sich in Planung.
		E5.3	Die Stadt Dinslaken sollte das Vieraugenprinzip im Zuge der Baugenehmigungsverfahren konsequent anwenden.	S5.3	Es wird versucht, das Vier-Augen-Konzept zukünftig konsequent anzuwenden.
		E5.4	Die Stadt Dinslaken sollte die Voraussetzungen schaffen, die Anzahl der eingeholten Stellungnahmen automatisiert ermitteln zu können. Es sollten einheitliche Datenerfassungen erfolgen, die automatisierte Auswertungen zulassen.	S5.4	Die Umsetzung der Empfehlung erfolgt in Abstimmung mit anderen Stellen (KRZN, Land NRW, u. a.).
F6	In der Stadt Dinslaken fehlen die wesentlichen Voraussetzungen, die Vorteile einer digitalen Bearbeitung der Genehmigungsverfahren zu nutzen. Sie beabsichtigt die vollständige digitale Bearbeitung, benötigt jedoch für die Einführung nach eigener Aussage personelle und informationstechnische Unterstützung. Klar definierte Anforderungsprofile sind Grundlage für die Einführung einer geeigneten Bearbeitungssoftware.	E6.1	Die Bauaufsicht der Stadt Dinslaken sollte Informationen über die zusätzlichen Funktionen und Möglichkeiten der aktualisierten Bearbeitungssoftware bei der Datenverarbeitungszentrale anfordern.	S6.1	Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch nicht abschätzbar, ab wann eine vollständige digitale Bearbeitung der Anträge möglich sein wird, da dies von vielen auch nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig ist. An einer schnellen Umsetzung wird aber gearbeitet. Es findet bereits ein regelmäßiger Informationsaustausch mit der Datenverarbeitungszentrale statt. Dieser soll zukünftig noch intensiviert werden.
		E6.2	Die Stadt Dinslaken sollte ihre Bediensteten vor der Einführung der neuen Fachsoftware ausreichend schulen. Die Funktionen des Programms sollten bekannt sein und die Bediensteten bei der Genehmigungsprüfung unterstützen	S6.2	Entsprechende (weitergehende) Schulungen sind geplant.
F7	Die Bauaufsicht der Stadt Dinslaken hat je Vollzeit-Stelle ein hohes Fallaufkommen. Allerdings konnten im Betrachtungszeitraum nicht alle eingehenden Anträge abschließend bearbeitet werden. Mit der Nutzung bestehender Optimierungspotenziale könnte die Bauaufsicht den noch geringen Anteil unerledigter Fälle abbauen.	E7	Die Stadt Dinslaken sollte die Personalkennzahlen weiter fortschreiben. Sie sollte dabei auch das Verhältnis unerledigter Fälle berücksichtigen. Fehlentwicklungen sollte sie durch gegensteuernde Maßnahmen begegnen. Sie sollte die aufgezeigten Optimierungspotenziale nutzen.	S7	Die Bauaufsichtsbehörde ist bemüht, alle Anträge schnellstmöglich zu bearbeiten. Bei fehlender Mitwirkung des Bauherrn (Bsp.: bei fehlenden Unterlagen) oder aber bei krankheitsbedingter Abwesenheit des Sachbearbeiters kann es in Einzelfällen dazu kommen, dass die Bearbeitungszeit länger ist. Es wird versucht, diesen Anteil der Fälle so gering wie möglich zu halten. Ein entsprechendes Monitoring (auch zu den Personalkennzahlen) wird teilweise bereits durchgeführt, soll aber zukünftig in allen Bereichen stattfinden.
F8	Die Bauberatung der Stadt Dinslaken trägt mit umfassenden Informationen dazu bei, den Anteil zurückgenommener und abgelehnter Anträge gering zu halten. Der Personaleinsatz dafür ist im interkommunalen Vergleich gering. Eine zentrale Bauberatung könnte zu geringeren Unterbrechungen komplexer Genehmigungsprüfungen beitragen.	E8.1	Die Stadt sollte die bereitgestellten Formulare auf die aktuelle Bauordnung des Landes NRW anpassen.	S8.1	Eine Umstellung der Formulare soll in Abstimmung mit der IT schnellstmöglich erfolgen.
		E8.2	Die Stadt Dinslaken sollte die Bauberatung zentra-	S8.2	Die Empfehlung wird momentan auch im Hinblick auf vorhandene

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	
			lisieren um die Sachbearbeitung nicht bei komplexen Prüfverfahren zu unterbrechen. Digitale Beratungsanfragebögen könnten dazu genutzt werden, alle notwendigen Informationen frühzeitig einzuholen.		Personalkapazitäten geprüft. Eine langfristige Umsetzung ist angedacht.
F9	Die Gesamtlaufzeiten der betrachteten Genehmigungsverfahren sind in Dinslaken kürzer als in den meisten anderen Vergleichskommunen. Die geringe Differenz zu den ermittelten Laufzeiten lässt auf häufig vollständig eingereichte Anträge schließen. Dazu trägt eine gute Bauberatung bei.	E9	Die Stadt Dinslaken sollte die in diesem Bericht aufgeführten Optimierungspotenziale nutzen, um die Gesamt- und Laufzeiten der Genehmigungsverfahren noch weiter zu optimieren.	S9	Es wird versucht, die Empfehlung umzusetzen.
F10	Die Stadt Dinslaken nutzt noch nicht die Vorteile von schriftlich definierten Zielwerten und gebildeten Kennzahlen.	E10	Die Stadt Dinslaken sollte Qualitätsstandards und Zielwerte schriftlich definieren und deren Einhaltung mittels Kennzahlen regelmäßig überprüfen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollte sie für notwendige Steuerungsmaßnahmen nutzen. Mindestens sollte sie die im Rahmen dieser Prüfung ermittelten Kennzahlen fortschreiben.	S10	An der Erarbeitung klar definierter Kennzahlen und Zielwerte wird momentan gearbeitet.
Verkehrsflächen					
F1	Die Datenlage für die Verkehrsflächen der Stadt Dinslaken ist noch lückenhaft. Sie bietet keine ausreichende Transparenz für eine zielgerichtete und nachhaltige Steuerung zur Erhaltung der Verkehrsflächen.	E1.1	Die Stadt Dinslaken sollte den Flächenbestand für ihre Straßen und befestigten Wirtschaftswege einmal jährlich festschreiben. So kann sie Flächenzuwächse dokumentieren und für die interne Steuerung in Verbindung mit weiteren Einflussfaktoren der Verkehrsflächenerhaltung wie z.B. Unterhaltung, Reinvestitionen und Bilanzwerte nutzen.	S1.1	Die Personalsituation in den Fachdiensten Tiefbau und Haushalt ist seit mehreren Jahren sehr angespannt. Stellennachbesetzungsverfahren führten mehrmals zu keinem positiven Ergebnis. Diese Situation ist der Hauptgrund für die lückenhafte Datenlage der Verkehrsflächen aber auch für die lückenhafte Auswertung und Weiterverarbeitung für den Finanzbereich. Grundsätzlich stimmt allerdings die Verwaltung der Empfehlung zu, dass in Zukunft eine Straßendatenbank implementiert werden muss. Mit der unterjährigen Pflege einer Straßendatenbank, kann der Flächenbestand und der Flächenzuwachs der Verkehrswege kontrolliert und für weitere Auswertungen genutzt werden.
		E1.2	Die Stadt Dinslaken sollte bei den Verkehrsflächen zu jedem Abschnitt bzw. zu jedem Anlagegut die zugehörigen Flächen hinterlegen. Dies ermöglicht gewichtete Auswertungen der Restnutzungsdauern.		Das GPA stellt richtiggehend fest, dass es sinnvoll ist alle steuerungsrelevanten Informationen zu jedem Straßenabschnitt zu hinterlegen. Hierzu sollte eine noch zu implementierende Straßendatenbank das führende Instrument sein.
		E1.3	Die Stadt Dinslaken sollte die Aufwendungen für die Erhaltung der Verkehrsflächen getrennt nach einzelnen Erhaltungsmaßnahmen erfassen und auswerten.		Das GPA stellt richtiggehend fest, dass es sinnvoll ist die Aufwendungen weiter zu differenzieren, um so Informationen zu generieren, die für den Aufbau eines nachhaltigen Erhaltungsmanagements notwendig sind.

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	
					Aber auch hierzu ist die noch zu implementierende Straßendatenbank das entscheidende und derzeit fehlende Instrument.
F2	Die Stadt Dinslaken setzt bisher keine Straßendatenbank ein. Die vom Rechenzentrum zeitnah in Aussicht gestellte neue Straßendatenbank lässt bei aktiver Nutzung eine Verbesserung in der Steuerung erwarten.	E2	Die Stadt Dinslaken sollte künftig die vom Rechenzentrum in Aussicht gestellte Straßendatenbank vollumfänglich nutzen. Hierdurch kann sie die Transparenz ihres Handelns erhöhen und Steuerungsmöglichkeiten generieren. Dabei sollte sie die Straßendatenbank zum führenden System für das Verkehrsflächenmanagement ausbauen.		<p>Wie bereits erläutert, wird eine Straßendatenbank auch von der Verwaltung aus den vom GPA aufgeführten Gründen, als zielführend und zwingend erforderlich angesehen.</p> <p>Zur Implementierung und Pflege einer Straßendatenbank ist es allerdings erforderlich, dass die zuständige Stelle im Fachdienst Tiefbau erfolgreich nachbesetzt wird. Mehrere Nachbesetzungsverfahren haben bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt.</p> <p>Eine Umverteilung der Aufgaben zur Kompensation ist auf Grund der insgesamt angespannten Personalsituation im Fachdienst Tiefbau nicht möglich.</p> <p>Die Empfehlung kann demnach erst nach einer erfolgreichen Nachbesetzung umgesetzt werden.</p> <p>Für die vom Rechenzentrum in Aussicht gestellte Straßendatenbank gibt es bisher noch keinen Zeitplan, womit eine kurzfristige Umsetzung auszuschließen ist.</p> <p>Allerdings wäre auch für die Einführung dieser Datenbank zunächst die Nachbesetzung der zuständigen Stelle erforderlich.</p>
F3	Die Stadt Dinslaken setzt bisher keine eigene Kostenrechnung für ihre Verkehrsflächen ein.	E3	Die Stadt Dinslaken sollte den Ressourceneinsatz für die Erneuerung ihrer Verkehrsflächen perspektivisch in einer Kostenrechnung vollständig und transparent abbilden.		<p>Die Einführung einer Kostenrechnung für die Verkehrsflächen kann sicherlich wichtige Informationen für die interne Steuerung und besseren Planung des Personaleinsatzes sein, ist aber derzeit nicht denkbar.</p> <p>Bei der derzeitigen Personalsituation ist die Einführung gerade in der Anfangsphase sehr zeitintensiv und daher nicht leistbar. Zumal eine sinnvolle und klare Abgrenzung der Arbeiten und somit Zuordnung zu den einzelnen Straßenabschnitten derzeit nicht möglich, da fehlende Stellenanteile aus anderen Bereichen kompensiert werden müssen. Denkbar wäre eine Einführung der Kostenrechnung parallel mit der Implementierung einer Straßendatenbank.</p>
F4	Die Stadt Dinslaken hat bisher keine Gesamtstrategie zur Erhaltung und Erneuerung ihrer Verkehrsflächen formuliert. Ein jährliches Berichtswesen liegt nicht vor, Ziele oder Kennzahlen setzt die Stadt nicht ein.	E4	Die Stadt Dinslaken sollte eine Gesamtstrategie mit Zielvorgaben zur Erhaltung und Erneuerung ihrer Verkehrsflächen entwickeln. Auf operativer Ebene sollte sie ein Berichtswesen mit Zielen und Kennzahlen implementieren und zur Steuerung dieses Aufgabenfeldes einsetzen.	S4	Die Erstellung einer Gesamtstrategie mit Zielvorgaben zur Erhaltung und Erneuerung der Verkehrsflächen wird von der Verwaltung unterstützt. Um eine Datengrundlage für die Entwicklung einer Strategie zu haben, ist allerdings zunächst die Implementierung einer Straßendatenbank erforderlich und eine Entspannung der Personalsituation insgesamt im Fachdienst Tiefbau, besonders im Ingenieurwesen. In dem Bereich Verkehrsflächen sind derzeit nur 3 der möglichen 5 Stellen besetzt.

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	
F5	Das Aufbruchmanagement der Stadt Dinslaken ist bisher nicht in einer Straßendatenbank integriert. Einen Online-Koordinierungsplan setzt sie ebenfalls nicht ein.	E5	Die Stadt Dinslaken sollte ihre Informationen zu geplanten Aufbrüchen in einem Ko-ordinierungsplan zusammenfassen und allen Beteiligten über ein Online-Portal zur Verfügung stellen. Idealerweise richtet sie allen sowohl Lese- als auch Schreibrechte an diesem Portal ein und verbindet das Online-Portal mittels Schnittstelle zu einer Straßendatenbank.	S5	<p>Derzeit werden bereits die Aufbrüche vom Fachdienst Tiefbau überwacht und koordiniert. Hierzu gibt es wöchentliche Besprechungen mit den Stadtwerken Dinslaken um Aufbrüche für Gas-, Wasser-, Strom- und Fernwärmeleitungen abzustimmen. Zudem gibt es alle 3 Monate eine Abstimmungsrunde mit den Planern aus dem jeweiligen Bereich, um vorgesehene Maßnahmen abzustimmen. Ähnliche Abstimmungen erfolgen mit den verschiedenen Telekommunikationsunternehmen (TK).</p> <p>Ziel ist es die Anzahl der Aufbrüche zusammenzufassen, somit zu minimieren und die Kontrolle über die fachgerechte Wiederherstellung der Oberflächen zu behalten. Somit soll die negative Beeinflussung des Verkehrsflächenvermögens möglichst gering gehalten werden.</p> <p>Das von der GPA angeregte digitale Aufbruchmanagement und einen Koordinierungsplan zu erstellen, ist zu begrüßen. Es wäre eine bessere Übersicht der laufenden und geplanten Aufbrüche gegeben. Zudem würde der Austausch mit anderen Fachdiensten erleichtert.</p> <p>Allerdings kann auf Grund der bereits beschriebenen Personalsituation, dies erst nach erfolgreicher Nachbesetzung der Stelle und der Implementierung einer Straßendatenbank erfolgen.</p>
F6	Straßendatenbank und Anlagenbuchhaltung stimmen in Dinslaken nicht überein. Die letzte körperliche Inventur fand zur Eröffnungsbilanz statt.	E6	Nach Vorliegen der Zustandsdaten aus dem durchgeführten Stereomessbildverfahren sollte die Stadt Dinslaken zeitnah eine ordnungsgemäße körperliche Inventur durchführen. Gemäß § 30 KomHVO NRW sollte das Intervall für die regelmäßige körperliche Inventur zehn Jahre nicht überschreiten.	S6	Die Durchführung einer körperlichen Inventur kann erst nach Implementierung einer Straßendatenbank und erfolgreicher Nachbesetzung der Stellen im Fachdienst Tiefbau und im Fachdienst Haushalt durchgeführt werden.
F7	Der Stadt Dinslaken ist es bisher nicht möglich, auf die Daten aus der Stereobildbefahrung zuzugreifen. Eine Darstellung des Anlagenabnutzungsgrades ist nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand möglich.	E7.1	Die Stadt Dinslaken sollte sich Zugriff auf die vorliegenden Daten aus der Stereobildbefahrung verschaffen und diese zum Aufbau der neuen Straßendatenbank und zu Steuerungszwecken verwenden.	S7.1	<p>Die Verwaltung greift entgegen der Darstellung im GPA Bericht bereits jetzt auf einen Teil der Daten aus Stereobildbefahrung zurück, wodurch tägliche Arbeitsprozesse erleichtert werden. Durch den Zugriff auf die Videos der Straßenbildbefahrung können Straßenabschnitte (Art und Zustand der Oberflächen) sowie die Straßeninfrastruktur an dem jeweiligen Arbeitsplatz betrachtet und ausgewertet werden. Zeit- und kostenintensive Ortstermine können so häufig vermieden werden.</p> <p>Um darüber hinaus die Daten der Stereobildbefahrung vollumfänglich zu nutzen und auszuwerten, ist die Nachbesetzung der bereits erwähnten Stelle erforderlich.</p>
		E7.2	Die Stadt Dinslaken sollte die Berechnung der durchschnittlichen Gesamt- und Restnutzungsdauern an der Verkehrsfläche (je qm) in die neue Straßendatenbank implementieren, und diese zu	S7.2	Die Anregung der GPA, die Berechnung der durchschnittlichen Gesamt- und Restnutzungsdauern an der Verkehrsfläche (je qm) in die neue Straßendatenbank zu implementieren, und diese zu Steuerungszwecken zu nutzen, wird von der Verwaltung unterstützt.

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	
			Steuerungszwecken nutzen.		
F8	Im Vergleichsjahr 2019 liegen die Unterhaltungsaufwendungen für die Verkehrsflächen in der Stadt Dinslaken deutlich unterhalb der einschlägigen Richtwerte.	E8	Die Stadt Dinslaken sollte künftig ihre Unterhaltungsaufwendungen getrennt nach Straßen und befestigten Wirtschaftswegen erfassen. Zudem sollten ihr die durchgeführten Erhaltungsmaßnahmen nach qm vorliegen. Diese Angaben können die Steuerungsmöglichkeiten deutlich erhöhen.	S8	<p>Die Verwaltung stimmt der Aussage der GPA nicht zu, dass im Vergleichsjahr 2019 die Unterhaltungsaufwendungen für die Verkehrsflächen deutlich unterhalb der einschlägigen Richtwerte liegen.</p> <p>Gemäß GPA Bericht Kennzahlenset Seite 10 liegen die Unterhaltungsaufwendungen je qm Verkehrsfläche mit 0,72 € im Vergleich mit anderen Kommunen zwischen dem 2. (0,65) und 3. (0,92) Viertelwert und somit zwar unter dem Richtwert aber über dem Durchschnitt im Vergleich mit anderen Kommunen.</p>
F9	Die Stadt Dinslaken hat im Vergleichsjahr 2019 zu wenig in ihre Verkehrsflächen reinvestiert.	E9	Die Stadt Dinslaken sollte die Reinvestitionsquote ihrer Verkehrsflächen jährlich fortschreiben. Ist diese dauerhaft zu niedrig, sollte sie die geleisteten Unterhaltungsaufwendungen und den Zustand der Verkehrsflächen in ihre Entscheidung über künftige Reinvestitionen einfließen lassen.	S9	<p>Die Verwaltung unterstützt die Empfehlung, die Reinvestitionsquote zu erhöhen und sieht auch die Notwendigkeit dazu.</p> <p>Zwei Faktoren wirken sich bisher negativ auf die Durchführung von Straßenausbaumaßnahmen und somit auf die Reinvestitionsquote aus.</p> <p>Der erste Faktor ist die bereits mehrfach erwähnte angespannte Personalsituation im Fachdienst Tiefbau. Um die Pflichtaufgaben und die Aufgaben für die Daseinsvorsorge zu erfüllen, müssen Personen Aufgaben aus anderen Bereichen übernehmen. So muss z.B. ein Ingenieur, dessen eigentliche Aufgabe die Durchführung von Straßenausbaumaßnahmen ist, bei der Durchführung von Sanierungen der Hausanschlussleitungen aushelfen.</p> <p>Der zweite Faktor ist die Diskussionen um die Straßenausbaubeiträge (KAG Beiträge). Auf die Durchführung von Bürgerinformationsveranstaltungen (als erster erforderliche Schritt bei Straßenausbaumaßnahmen) wurde in den letzten Jahren verzichtet. Hintergrund war die laufende und nicht abschließende Diskussion, ob das Land NRW die Anliegerbeiträge verpflichtend übernimmt.</p> <p>Um die Reinvestitionsquote zu steigern, ist es aber ungeachtet dieser Diskussionen erforderlich, Straßenausbaumaßnahmen durchzuführen. Es sollten wieder Baubeschlüsse, mit einer vorlaufenden Bürgerinformationsveranstaltung angestrebt und die Maßnahme umgesetzt werden.</p> <p>Aktualisierung vom 31.05.2023:</p> <p>Die NRW Bank hat mittlerweile die 100%-ige Übernahme der KAG-Beiträge kommuniziert. Daher hat die Verwaltung am 17.05.23 den Bauausschuss darüber informiert, ab sofort wieder Straßenausbaumaßnahmen durchführen zu wollen. Der Bauausschuss hat dem zugestimmt. Beabsichtigt ist es, die erste Bürgerinformationsveranstaltung im III. Quartal 2023 durchzuführen.</p>

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung	

BESCHLUSS

aus der 18. Sitzung
des Rates
am Dienstag, 06.06.2023

Öffentliche Sitzung

27.1 Stellungnahme der Bürgermeisterin zum Bericht der GPA über die überörtliche Prüfung im Jahr 2022 **1115/2023**
1. Ergänzung

Der Rat beschließt einstimmig:

1. die beiliegende Stellungnahme zur Vorlage Nr. 1115/2023 1. Ergänzung zur überörtlichen Prüfung.
2. die Verwaltung wird beauftragt,
 - a. innerhalb der nächsten sechs Monate wirksame haushaltsrelevante Einsparmöglichkeiten zu erarbeiten und der Politik zur Entscheidung vorzulegen.
 - b. innerhalb der nächsten Monate Konzepte zu erarbeiten, wie die Einnahmeseite der Stadt effektiv und nachhaltig gestärkt werden kann. Dabei sind Steuererhöhungen nicht in Betracht zu ziehen. Die entsprechenden Vorschläge sind der Politik zur Entscheidung vorzulegen.
 - c. die im Themengebiet „Hilfen zur Erziehung“ unter Nr. 10 dargestellten Risikofaktoren durch geeignete Prozesskontrollen zu minimieren.
 - d. die im Themengebiet „Hilfen zur Erziehung“ unter Nr. 18 dargestellte hohe Anzahl an Heimunterbringungen zu untersuchen und innerhalb der nächsten sechs Monate gegenüber der Politik die möglichen Gründe zu erläutern.